



ASIEN/PAKISTAN - Religionsfreiheit im Schatten des Blasphemieparagrafen

Rom (Fidesdienst) – Der vom katholischen Hilfswerk „Kirche in Not“ heute zum elften Mal veröffentlichte „Bericht zur Religionsfreiheit“, der die Situation in weltweit insgesamt 196 Ländern untersucht, bezeichnet 2011 als „annus horribilis“ für Pakistan. „Das Jahr 2011“, heißt es in dem Bericht, dessen italienische Ausgabe dem Fidesdienst vorliegt, „wird als eines der gewaltsamsten, blutigsten und tragischsten Jahre in die Geschichte Pakistans eingehen. Es wird für immer von den Morden an zwei Politikern gekennzeichnet sein: der Gouverneur von Punjab, Salman Taseer, und der katholische Minderheitenminister Shahbaz Bhatti“. Beide Morde stehen in Verbindung mit der Religionsfreiheit: beide Politiker (ein Muslim und ein Christ) wurden Opfer radikalislamischer Extremisten, da sie sich für die Abschaffung oder Änderung des Blasphemieparagrafen einsetzten. Die Paragraphen 295b und 295c des pakistanischen Strafgesetzes sehen für die Beleidigung des Koran und des Propheten Mohammed Haft- oder sogar Todesstrafe vor. Seit Inkrafttreten des Gesetzes (1986) kommt es immer wieder zur Instrumentalisierung im Zusammenhang mit privaten Streitigkeiten oder mit dem Ziel der Unterdrückung religiöser Minderheiten. Der Bericht von „Kirche in Not“ erinnert daran, dass es im Fall, der die beiden pakistanischen Politiker das Leben gekostet hat, um die wegen angeblicher Blasphemie zum Tode verurteilte Christin Asia Bibi ging.

Die Religionsfreiheit in Pakistan stehe „im Schatten des islamistischen Extremismus, aber auch von Intoleranz, Illegalität und Straffreiheit, die im ganzen Land zunehmen“, so „Kirche in Not“. „auf juridischer Ebene ging es also in Pakistan im Jahr 2011 nicht um die Einführung neuer Maßnahmen, die die Religionsfreiheit einschränken, sondern um das Ausbleiben der Abschaffung von Gesetzen, die Freiheit und Rechte von Gläubigen beeinträchtigen und zu Diskriminierung und in einigen Fällen zu Verfolgung christlicher Minderheiten führen.“ Entsprechende Vorschläge und eine öffentliche Debatte zur Änderung des Gesetzes führten zu Protesten radikalislamischer Gruppierungen und religiös geprägter Parteien: ein Gesetzentwurf wurde zurückgezogen und die Debatte wurde nach den Morden an Taseer und Bhatti zum Schweigen gebracht: damit siegte der gewaltsame Extremismus über den Rechtsstaat und die Religionsfreiheit.

Ein Zeichen der Hoffnung, so Beobachter zum Fidesdienst, sei jedoch ein neues öffentliches Bewusstsein, das im Zusammenhang mit dem Fall Rimsha Masih, entstand. Das christliche Mädchen wurde von einem Imam fälschlicher Weise der Blasphemie beschuldigt. (NZ) (Fidesdienst, 16/10/2012)